

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
Fernsprecher Amt C. 570 Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzustellungsorte Nr. 3164

Inhalt: Unser Jahresbericht 1914. (III.) — Die deutschen Gewerkschaften im Kriegsjahr. — Kölner Brief. — Wochenbericht vom Krieg. — Kriegsbriefe. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Totenliste des Verbandes.

Unser Jahresbericht 1914.

III. Aus der Bewegung. (Schluß)

Unsere Organisation hat im verfloßenen Jahre keine Kämpfe geführt, die nach außen in Erscheinung traten. Wohl fand zweimal in Krefeld eine Art wilder Streik statt bei der Müllabfuhr. In beiden Fällen konnte durch Eingreifen des Gauleiters eine baldige Verständigung (teilweise Lohnhöhung usw.) erzielt werden. Die Nachwehen des verunglückten Stettiner Streiks machten sich auch 1914 noch bemerkbar. Es verblieben 146 ausgesperrte Kollegen. Die Kosten der Aussperrung betragen noch 16 200 Mk., was mit den 98 000 Mk. vom vergangenen Jahre 114 000 Mk. beträgt. Ein kostspieliges Experiment auch für uns! Wobei wir allerdings in Erinnerung rufen müssen die unverständliche Unnachgiebigkeit der Stadtgemeinde und deren enorm höhere Kosten.

An Streiks und Aussperrungen anderer Verbände waren im Jahre 1914 69 Kollegen beteiligt. Eine solche verhältnismäßig große Zahl ist immer ein Zeichen dafür, wie wenig von den Filialverwaltungen dafür gesorgt wird, daß aus städtischen Betrieben scheidende Mitglieder sich der zuständigen Organisation der neuen Arbeitsstätte anschließen. Für die Kriegszeit ist allerdings der Beschluß der Zentralvorstände maßgebend, niemand zum Uebertritt aus einem anderen Verband zu veranlassen. Wir wissen nicht, welche Erschrungen andere Verbände mit diesem Beschluß gemacht haben. Er war bei kürzerer Dauer des Krieges sicher ganz angebracht. Jetzt aber zeigt sich in städtischen Betrieben vielfach die Schattenseite: mancher „Andersorganisierte“ wäre wohl dank unserer erfolgreichen Arbeit (Feuerungszulagen usw.) für unsere Organisation gewonnen worden. Nun aber zahlt er wieder für die alte noch für die neue Organisation! Man kann ihn dazu begreiflicherweise nicht zwingen, und es gibt so manchen Drückerberger, der „erst mal abwarten will, was nach dem Kriege wird“, ehe er wieder Gewerkschaftsbeiträge entrichtet. Die Früchte unserer Organisationsstätigkeit kommen ihm ja ohnehin zugute.

Wir möchten deshalb allen unseren Vertrauensleuten empfehlen, sich nicht bloß beim Eintritt in die Arbeitsstelle, sondern auch in regelmäßigen Zwischenräumen das Verbandsbuch der Andersorganisierten zeigen zu lassen, wo es irgend

angeht. Sie werden da mancherlei sonderbare Entdeckungen machen, die keineswegs erfreulicher Natur sind.

Das Gesamtergebnis der Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung im Berichtsjahre sieht so aus: zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen . 164 mit 39 566 Beteiligten zur Abwehr von Verschlechterungen der

Arbeitsbedingungen	8	1273
Summa	172	mit 40 839 Beteiligten

Sie fanden in 96 Orten statt und erstreckten sich auf 529 Betriebe mit 49 638 beschäftigten und 40 839 beteiligten Personen. Die Resultate gestalteten sich wie folgt:

erfolgreich	45 (26,2%)	Bewegungen mit 6239 (15,3%) Beteiligten
teilw. erfolgr.	89 (51,7%)	„ „ 22775 (55,8%)
erfolglos	38 (22,1%)	„ „ 11 925 (28,9%)

Im ganzen fanden Lohnbewegungen im Jahre 1914 statt:

ohne Arbeitseinstellung	172	mit 40 839 Beteiligten
mit Arbeitseinstellung	1	„ 212
Summa	173	mit 41 051 Beteiligten

Die nachfolgenden Tabellen geben ein zusammenfassendes Bild dessen, was 1914 erreicht wurde:

Arbeitszeitverkürzung			Lohnhöhung		
pr. Woche d. Stunden	erzielten Personen	insgesamt Stunden	pr. Woche d. Mark	erzielten Personen	insgesamt Mark
1/2	1160	590	0,51—1,00	5075	3986,78
3/4	16	12	1,01—1,50	5639	6903,67
1	31	31	1,51—2,00	511	919,90
1 1/4	940	1410	2,01—2,50	1159	2575,29
1 1/2	110	330	3,51—4,00	602	1716,36
2	407	2035	4,51—5,00	76	294,84
3	174	1044	5,51—6,00	6	30,—
4	58	424	—	5	80,—
24	10	240	—	—	—
26	3	78	—	—	—
28	12	336	—	—	—
30	6	180	—	—	—
Summa	2922	6700	Summa	13075	16356,74
Abgewehrte Arbeitszeitverlängerung			Abgewehrte Lohnkürzung		
1	55	55	0,51—1,—	18	12,60
2 1/2	409	1000	1,51—2,—	25	45,—
—	—	—	5,51—6,—	30	180,—
Summa	455	1055	Summa	73	237,00

Es waren 42 (1913: 64) Maßnahmen zu verzeichnen, für die wir insgesamt 3532 Mk. Unterstützung zahlten.

Die Tarifverträge wollen in städtischen Betrieben noch immer nicht gedeihen. Wir haben an dieser Stelle vor dem Kriege einen systematischen Feldzug darum geführt und haben manche Bombe gegen veraltete Auffassungen geschleudert, aber bis jetzt ist das Resultat nur so, daß man kaum sagen kann, es ist bereits Breiche geschlossen.

Im ganzen waren am Schluß des Jahres 1914 folgende Tarife abgeschlossen:

	Zahl	Erfahle Betriebe	Erfahle Personen überhaupt	Erfahle Personen bei uns organisiert
Baderpersonal . .	2	61	280	205
Bauamtsarbeiter . .	1	1	22	15
Falkenabfuhr . .	1	1	8	4
Gasarbeiter . .	4	7	982	630
Kanalarbeiter . .	1	1	7	4
Krankenwächter . .	1	1	20	7
Krankenwärter . .	1	1	75	65
Schulhausputzerinnen	1	1	140	120
Theaterarbeiter . .	3	3	68	62
Wasserwerksarbeiter	1	1	15	12
Zumma	16	78	1565	1124

Davon bestanden mit den Stadtverwaltungen Linau, Yena, Döbernburg und Rüstringen 6 Tarife für 6 Betriebe mit zusammen 146 Personen. Die mit Privatgesellschaften abgeschlossenen 10 Verträge umfaßten 72 Betriebe mit 1419 beschäftigten Personen. Von den Tarifen entfielen 4 auf Gasarbeiter, 3 auf Theaterarbeiter, 2 auf Baderpersonal und je 1 auf Krankenwächter, Bauamtsarbeiter, Wasserwerksarbeiter, Kanalarbeiter, Falkenabfuhr, Krankenwärter und Schulhausputzerinnen.

Wir möchten es mit diesen Auszügen aus dem Jahresbericht sein Bewenden lassen. Ueber die Mitgliederbewegung, Massenabschluß wie auch über die

mannigfachen Kriegsmassnahmen unseres Verbandes ist fortlaufend in der „Gewerkschaft“ berichtet. Dennoch ist die zusammenfassende Darstellung im Jahresbericht äußerst interessant und lehrreich.

Alle Vergleiche mit früheren Jahren ergeben immer wieder das eine: es ist ein Kriegsjahr gewesen, und die Einwirkungen haben sich fast überall bemerkbar gemacht.

Ueber unsere internationale Verbindung sowie über den Gewerkschaftskongress, soweit es sich auf unsere Organisation mit bezog, sind zwei kurze Kapitel dem Jahresbericht einverleibt. Nach dem Kriege wird über beides mehr zu sagen sein.

Wir möchten diese zur Lektüre unseres Jahresberichts ermunternden Darstellungen nicht abschließen, ohne den Hinweis, daß in der jetzigen Zeit mehr denn je erforderlich ist, durch Agitation von Mund zu Mund unserem Verband neue Mitglieder zuzuführen. Wer den Bericht aufmerksam liest, findet darin viel für die Agitation wertvolles Material. Niemals ist ein besseres Los zu gönnen, als verstaubt in irgendeinem Winkel zu liegen, wie das nur zu oft der Fall sein dürfte.

Die Organisation wahrt die geistigen Interessen ihrer Mitglieder, wenn sie in periodischen Abständen eine Uebersicht ihres Wirkens gibt. Das Mitglied — jedes Mitglied! — ist verpflichtet, diese notwendige Arbeit zur gegenwärtigen zu gestalten durch rege Anteilnahme und Weiterverbreitung der Kenntnisse, die ihm so zuteil werden.

Die deutschen Gewerkschaften im ersten Kriegsjahr.

Einem Artikel von Robert Schmidt in den „Soz. Monatsheften“ entnehmen wir die folgenden Ausführungen:

Mit den schwersten Verwundungen sah man bei Beginn des Krieges den gewaltigen Erdbitterungen entgegen, die der Krieg im Staatesleben hervorgerufen würde. Mannte nicht unter dem Anprall des schrecklichen Schicksals, das über die Völker hereinbrach, alles in den Abgrund gerissen werden, was die Menschen mühevoll an Kulturarbeit aufgebaut hatten? Müßte nicht die Kriegssure, die über die deutschen Lande dahinströhte, alles zertreten und vernichten, was ihr im Weg stand? Am Jahresende, so glaubte man, würden wir zurückgeworfen werden, nur schwer und allmählich würden wir neue Kräfte sammeln können, das Verlorene wieder einzubringen. Und mit dem wirtschaftlichen Leben der Nation, das so ernst bedroht schien, war auch das geistige gefährdet, es mußte im Kriegsgestümmel untergehen. Wenn nicht ganz so Schlimmes über uns kam, wie wir beim ersten Sturm des Unheils fürchteten, so verdanken wir das den Leistungen unseres Heeres, das uns, außer in Litauen und in einem kleinen Teil des Elsaß, vor den Reiden einer fremden Invasion bewahrt hat. Die Verwundungen in Ostpreußen sind schwer genug. Wäre es aber den Russen gelungen, größere Teile unseres Vaterlandes niederzubrennen und zu zerstören, so wären die Folgen noch weit schrecklicher gewesen als alles, was wir uns in pessimistischen Stimmungen ausmalten. In Ostpreußen kann die Bevölkerung wieder aufatmen, aber Jahrzehnte mögen vergehen, ehe die Spuren des Krieges dort mit Hilfe des ganzen Landes völlig getilgt sein werden.

In der deutschen Arbeiterbewegung wird diese Zeit nicht ohne nachhaltige Wirkung vorübergehen. Gelingt es, den Geist in unseren Reihen nicht überwachen zu lassen, dann überleben wir den Krieg ohne dauernden Schaden und können nachher unsere Tätigkeit mit einem guten Stamm treuebelebener Kämpfer da fortsetzen, wo sie unterbrochen wurde. In dieser Hinsicht berechtigt uns insbesondere der Stand der Gewerkschaftsorganisationen. Der schwere Stand, den sie bei Beginn des Krieges unter der Arbeitslosigkeit auszuhalten hatten, konnte bald überwunden werden. Ihre finanzielle Notlage ermahnte es ihnen, dem Ansturm auf ihre Kassen Trost zu bieten, und sie werden nach Beendigung des Feldzugs bei einem erneuten Einbruch der Arbeitslosigkeit wiederum gerüstet dastehen. Mehrere anfanglich die horizontalen Leistungen zur Verbesserung der finanziellen Lage der Lohnempfänger beschloß, so

sind gegenwärtig diese Leistungen erfreulicherweise fast allgemein aufgehoben. In Kriegsunterstützungen wurden in den ersten neun Monaten, auf die sich bis jetzt die Erhebungen erstrecken, recht respektable Summen eingesammelt. Allein an die Familien der zum Meer Eingezogenen wurden bis zum 30. April 1915 von den Gewerkschaften 7 005 193 Mk. an Unterstützungen gezahlt; wichtiger noch sind die Leistungen für die Arbeitslosen, für die 20 539 138 Mk. verausgabt wurden. Weniger günstig sieht es mit der Mitgliederzahl der Gewerkschaften aus. Am Schluß des 2. Quartals 1914 zählten die freien Gewerkschaften 2 521 303 Mitglieder, nach den Erhebungen vom 30. April 1915 war diese Zahl bis dahin auf 1 323 978 gesunken. Da 958 217 Organisierte zum Wehrdienst einberufen sind, wäre ein Mitgliederverlust von 239 078 zu verzeichnen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in den vom Krieg betroffenen Landesteilen die Gewerkschaften ihre Tätigkeit unterbrechen mußten, ferner, daß sehr viele ihren Eintritt in den Militärdienst nicht anmeldeten, so daß der Mitgliederrückgang nicht voll anzusehen ist. Einige Verbände berichten sogar von einer erheblichen Zahl von Reanimatorien; so geben die Bauarbeiter 14 513, die Transportarbeiter 11 122 und die Holzarbeiter 10 400 Aufnahmen neuer Mitglieder an. Denkt man daran, daß jetzt jede öffentliche Agitation in den Gewerkschaften fortfiel, so braucht man bei diesen Ergebnissen um die Zukunft der Organisationen nicht besorgt zu sein.

Trotz nun auch die Tätigkeit der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit weniger hervor, so wurden um so intensiver alle Hilfsmittel ausgenutzt, um der Arbeiterschaft unter der gegebenen Situation zu nützen. Die Westbetreibungen, die Wirkungen des Krieges zu lindern, vielen Gewerkschaften und Unternehmerverbände bald auf gewisse Verührungsgebiete hin. Die Not führte sie zu gemeinsamer Arbeit zusammen, denn die Störungen des Erwerbslebens trafen Arbeiter und Unternehmer gleich hart. Es mußte der Versuch gemacht werden, durch vermehrte Arbeitsbeschäftigung, Anträge des Staates oder der Gemeinden, Beschaffung von Rohmaterial, Befreiung des Erwerbs, die Gewerbe wieder in Gang zu bringen. Dies war der Weg zur Verfolgung gemeinsamer Interessen leicht gewiesen. Für die Zukunft, für den Abschluß von Tarifverträgen, wird diese Zusammenarbeit sicher gute Wirkung ausüben, sie ist geeignet, manche Vorurteile zu beseitigen. Es war keine leichte Aufgabe für die Gewerkschaften, an den Tarifbestimmungen festzuhalten; man muß anerkennen, daß sehr einflussreiche Unternehmer

verbände auf ihre Mitglieder einzuwirken suchten, damit diese auch unter den veränderten Verhältnissen die Vereinbarungen innehielten. Waren auch nicht alle Unternehmer entsprechend zu beeinflussen, so wandten sich doch mit geringen Ausnahmen ihre Organisationen gegen eine Ausnutzung der Notlage der Arbeiter und befandeten so ihren Wunsch, die Vereinbarungen auch unter erschwerten Bedingungen aufrechtzuerhalten. Anregungen der Gewerkschaften, die dahin zielten, einer möglichst großen Zahl von Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch Einführung von Halbtagsschichten usw., fanden oft verständiges Entgegenkommen.

Mit der Zunahme der Beschäftigung, besonders in der Rüstungsindustrie, änderten sich bald die Verhältnisse. Der anfängliche Lebendruck wich, es kam zu Lohnerhöhungen, die auch über die Minimalhöhe der Tarife hinausgingen, weil anerkannt wurde, daß bei der Preissteigerung der Lebensmittel die Voraussetzungen beim Tarifabschluß nicht mehr maßgebend waren. Die Gewerkschaften verkannten zu Beginn dieses Krieges auch nicht die schwierige Lage, in der sich die Landwirtschaft befand. Diese sollte im Krieg erweitert, ob sie die Volksernährung sicherstellen könne; ihre Leistungsfähigkeit war aber dadurch gefährdet, daß Arbeitskräfte zum hereinbringen der Ernte fehlten. Bereitwillig wurden die fehlenden Kräfte aus der Industrie zur Verfügung gestellt. Die Vorschläge, in großem Umfang Lebensmittel zu produzieren, sollten der Vermehrung der Arbeitsgelegenheit dienen. Erfreulicherweise sind hier recht gute Ergebnisse erzielt worden, so daß uns hoffentlich auch in Friedenszeiten diese Kulturarbeit reichen Nutzen spenden wird.

Uebel sah es bei Beginn des Krieges im Handelsgewerbe aus. Vielfach fehlte sich die Praxis durch den Anstellen der Gehälter auch da zu kürzen, wo keinerlei Rückgang im Geschäftsverkehr den Anlaß dazu bot.

Sehr wertvoll war für die Bemühungen der Gewerkschaften die Stellungnahme der Militärverwaltung. Diese konnte bei ihren großen Aufträgen auch die Regelung der Löhne beeinflussen. Das erwies sich als notwendig, denn an verschiedenen Stellen wurde trotz den günstigen Aufträgen der Versuch gemacht, die Löhne zu drücken. Die Militärverwaltung sah auf die Vorstellungen der Gewerkschaften hin sehr bald ein, daß solchen Treibereien aller möglichen Spekulationen, die sich zwischen Arbeiter und Unternehmer schoben, ein Ende bereitet werden müsse. Dieser Eingriff der Militärverwaltung lag natürlich auch im Interesse einer ungehobenen Leistung der Rüstungsindustrie, die zu dieser Erkenntnis jedoch erst gedrängt werden mußte. Die Unternehmer in dieser Industrie waren zunächst recht erregt darüber, daß man in ihre Arbeitsbedingungen hineinredete und die Spekulation in ihrem Geschäftszweig einschränken wollte. Hoffentlich wird die Militärverwaltung auch in Friedenszeiten ihre Aufträge nur noch unter Bedingungen vergeben, die eine gerechte Verteilung zwischen Unternehmergewinn und Arbeiterlöhnen gewährleisten.

Man darf behaupten, daß die Tarifpolitik der Gewerkschaften während des Krieges eine erhebliche Stärkung erfahren hat. Zunächst mußten naturgemäß die Industrien, die mit Militärleistungen zu tun hatten, sich dem Tarifvertrag zugänglicher zeigen. So wurden für die Schneiderei und die Wäschfabrikation, für die Regelung der Seimarbeit Tarife eingeführt, die ohne den sehr spürbaren Druck der Behörden nicht zustande gekommen wären. Eben dadurch wurden auch Störungen in der Produktion vermieden, und die Rüstungsindustrie konnte ohne besondere Propagandamittel, wie sie namentlich in England notwendig wurden, ihre gesteigerten Leistungen vollbringen. In Deutschland vollzog sich die Regelung durch das Zusammenwirken von Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, und sie gelang um so besser, je vollkommener bei den Verhandlungen auf der Gegenseite die Gleichberechtigung der Arbeiter anerkannt wurde. Auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens wurde während des Krieges die freie Konkurrenz sehr eingeschränkt; auch auf dem Arbeitsmarkt ist ihre Herrschaft ernstlich bedroht, so ernstlich, daß sie wohl auch für die Zukunft nicht mehr in ihrer alten Art wiederhergestellt sein dürfte. Im übrigen hat der Tarifvertrag auch außerhalb der Rüstungsindustrie bedeutenswerte Erfolge aufzuweisen. Den Bemühungen der Bauarbeiterverbände ist es gelungen, für die Bauhandwerker, die beim Wiederaufbau Cipreniens beschäftigt sind, feste Normen für die Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Unter Mitwirkung des Oberpräsidenten für Ciprenen ist ein Vertrag vereinbart worden, der einen paritätischen Arbeitsnachweis vorsieht und über Mindestlohn, Arbeitszeit, freie Eisenbahnfahrt und die Unternehmerräume der Arbeiter Bestimmungen enthält.

Weniger befriedigend sind die Zustände im Bergbau. Die Klagen der Bergarbeiter über niedrige Löhne und scharfe Behandlung sind nur zu berechtigt. Zwar konnte auch hier ein Mehrerwerb erzielt werden, aber nur durch Ueberhöhen und übermäßige Anstrengung. Mehr als einmal stand die Bergerschaft vor dem Streik, weil alle ihre Klagen abgewiesen wurden. Auch hier hat die Militärverwaltung manche sympathische Maßnahme zugunsten der Bergarbeiter durchgesetzt; man darf sagen: mit mehr Entschiedenheit und Verständnis als die Zivilverwaltung. Leider ist die Organisation der Bergarbeiter so schwach, daß sie bisher die Bergherren zu keinem ändern Verhalten zwingen konnte.

Sehr umfangreich gestaltete sich die Tätigkeit der Gewerkschaften auf sozialpolitischem Gebiet. In erster Linie stehen hier ihre Bemühungen für Einführung einer gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung, für die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises, für Einführung der Wöchnerinnenunterstützung, die Kriegsinvalidenfürsorge und für die Verbesserung unserer Militärpensionsgesetze. Gegenstand eingehender Beratungen war unangesehnt die Frage der Lebensmittelversorgung und die Abwehr der Preistreiberereien. Wenn die Regierung durch Einteilung und Verschlagnahme der wichtigsten Nahrungsmittel die Volksernährung sicherstellte, decken sich ihre Maßnahmen zum Teil mit Vorschlägen, die aus Gewerkschaftstreifen stammen.

Die Kriegsarbeit der Gewerkschaften besteht darin, den Anschlag Englands auf Deutschland abzuwehren. Wenn der englische Plan der Verminderung unserer wirtschaftlichen Kräfte endgültig zunichte gemacht ist und wir wieder zur Friedensarbeit zurückkehren, werden sich die deutschen Gewerkschaften vor neue und äußerst schwierige Aufgaben gestellt sehen. Haben die Organisationen den Krieg durchgehalten, so wird die Friedensarbeit sie nicht minder auf dem Pöden finden, und haben sie sich im Krieg als Glieder der Nation bewährt, so wird man auch im Frieden ihren Wert für das Volksganze erkennen müssen.

Kölner Brief.

Ein Jahr Weltkrieg! Grauen überläuft uns, wenn wir an all das entsetzliche Elend, Jammer und Leid denken, das über die Menschheit hereingebrochen ist. Und noch ist kein Ende abzusehen. Immer noch stehen sich die „Kulturvölker“ bis an die Zähne bewaffnet gegenüber, bereit, ihr vermeintliches Recht bis zum Weißbluten zu erkämpfen. Die lange Frage, wie das gewaltige Völkerringen noch enden soll, bewegt Millionen Herzen. Daß der fast übermenschlichen Leistungen unserer tapferen Truppen blieben unsere feindsigen Pluren, ausgenommen kleinere Grenzstriche, von den Greneln des Krieges verschont. Wohl deckt manchen von dieses Preises willen der läbliche Rasen, lehr mancher als Strüppel zu den Seimen zurück. Möchten all die grauen Opfer nicht vergeblich gebracht worden sein, möchten sie das Fundament eines dauernden Völkfriedens bilden.

Wären wir als Gewerkschaftler auf die ersten Augusttage des Jahres 1914 zurück, so erinnern wir uns, wie so mancher Bestimmt, nun der Krieg über uns hereingebrochen war, den Zusammenbruch der jahrzehntelangen Gewerkschaftsarbeit prophezeite. An anderer Stelle der „Gewerkschaft“ wurde bereits diese Ansicht widerlegt und die Kriegstätigkeit der Gewerkschaften im allgemeinen und unseres Gesamtverbandes im besonderen besprochen. In unserer Kölner Filiale befanden sich gleichfalls solche überhöhlen Propheten, deren leeres Geröde es auszusprechen ist, daß so mancher dem Verbanne den Rücken kehrte, mit der „Vergründung“, der Verband hat während des Krieges keinen Zweck. Im folgenden wollen wir einen Ueberblick über die Tätigkeit der Kölner Filiale geben.

Die Stodung in der Führung der Filialgeschäfte, die für kurze Zeit eintrat, als das Unwetter über uns hereinbrach (wurden doch fast die gesamte Ortsverwaltung und zwei Drittel der Betriebsvertrauensleute in den ersten Tagen eingezogen), war schnell behoben, nachdem neue Kräfte sich eingearbeitet hatten. Es galt nun Maßnahmen zu treffen, die Kriegsfamilien vor der äußeren Not zu schützen, für die Dabeimgeliebenen Verschleuderungen des Arbeitsverhältnisses abzuwehren und eine Verbesserung ihrer Einkommen im Hinblick auf die einsetzende Kriegsteuerung anzustreben.

Nach bevor die Stadtverwaltung den Kriegsfamilien Zuschüsse gewährte, griff die Organisation ein und zahlte den Familien oder im August eingesetzten Mitalieder eine außerordentliche Unterstützung.

In der Notizung vom 2. August 1914 beschlossen die Stadtverordneten, zunächst auf Antrag der Stadtverwaltung den zur Fälligkeit einberufenen händischen Arbeitern den Lohn für 14 Tage weiterzuzahlen. Mitte August forderten wir durch unsere Arbeiterauschüßmitglieder für die Kriegersfamilien Zuschüsse zu der Reichs-Kriegsunterstützung bis zur vollen Höhe des Lohnes. Dem Beispiel Mannheims, Kürnberegs und anderer Städte glaubte die Kölner Verwaltung nicht folgen zu können. Vielmehr zeitigte unser Antrag einen Beschuß, wonach den Familien der einberufenen händischen Arbeiter vom 15. Tage der Einberufung ab für die Dauer der Gewährung der Reichs-Kriegsunterstützung

a) für die Ehefrau 25 Proz., b) für jedes Kind unter 16 Jahren 6 Proz. des zuletzt bezogenen Lohnes (ohne Einrechnung von Zulagen und Heberstundenlöhnen), jedoch höchstens 50 Proz. des Lohnes gewährt wird, mit der Einschränkung, daß diese Unterstützung mit der vom Reich gewährten Kriegsunterstützung und dem händischen Zuschuß zu dieser — die Stadt zahlt zu der Reichsunterstützung an alle Bezugsberechtigten 100 Proz. derselben als Gemeindegeldzuschuß — zusammen zwei Drittel des zuletzt bezogenen Lohnes nicht übersteigen darf.

Für hinderreiche Familien bedeutet dieser Beschuß insofern eine Härte als für sie der Zuschuß, den die Stadt als Arbeitgeberin gibt, in Weitauf kommt, da sie an Reichs- bzw. Gemeindegeldunterstützung zwei Drittel des Lohnes erhalten. Eine Familie mit sechs Kindern hat demnach nicht mehr Einkommen, trotz nennenswerter Mehrausgabe, als eine Familie mit zwei oder drei Kindern. Unsere Forderung, solchen hinderreichen Familien einen besonderen Mietzuschuß zu gewähren, fand bei der Verwaltung keine Gegenliebe.

Erfolg hatte dagegen unsere gleichzeitige gegebene Anregung, den Zuschuß auch in solchen Fällen zu gewähren, wo der Einberufene der einzige Ernährer seiner Eltern bzw. Geschwister ist, die lediglich auf die Reichs-Kriegsunterstützung angewiesen waren und denen zum Teil selbst diese Unterstützung verweigert wurde. Ab 1. November 1914 wird auch den Verwandten aufsteigender Linie und der Geschwisterin der einberufenen händischen Arbeiter eine Unterstützung in der Höhe von 25 Proz. für den einen Elternteil und 6 Proz. für jeden weiteren Elternteil bzw. jeder der Geschwister gewährt. Voraussetzung für die Zahlung der Unterstützung ist, daß der Arbeiter unverheiratet ist, die Verwandten oder Geschwister bis zur Einberufung von dem Arbeiter unterhalten wurden oder das Unterhaltungsbedürfnis nach der Einberufung eingetreten ist. Gleich zu Beginn des Krieges verbot die Verwaltung an den noch in Arbeit Stehenden zu sparen. Sämtliche Zuschläge für Heber-, Nacht- und sonstige Arbeiten wurden aufgehoben. Auf unseren Antrag werden jedoch ab 15. Oktober 1914 die Lohnzulagen wieder gewährt, mit Ausnahme von 33 1/2 Proz. für Heberstunden und der Zuschläge für die Sprachnachsicht dienstreier Tage. Am 15. März dieses Jahres traten die alten Bestimmungen wieder in Kraft, sämtliche Zulagen werden wieder bezahlt.

Der Verlust, den ebenfalls gänzlich aufgehobenen Jahresurlaub wieder einzuführen, scheiterte im Oktober. Im Mai dieses Jahres gelang es uns, etwa den alten Zustand herbeizuführen. Wenn auch vorläufig der ganze Urlaub noch nicht erteilt wird — für 1915 werden nach zweijähriger Dienzeit zwei Tage, nach fünfjähriger drei Tage und nach zehnjähriger Dienzeit vier Tage gewährt —, so nehmen wir an, daß im nächsten Jahre die Arbeiter wieder in den vollen Genuß des Urlaubs kommen.

Ein kleines Intermezzo zeitigte unser Vorgehen gegen die Direktion der „Vereinigten Stadttheater“, die den Bühnenarbeitern die Bezahlung von Heberstunden verweigerte. Die Direktion glaubte uns ob dem Verlangen nach strikter Einhaltung der tariflichen Vereinbarungen eine Vorlesung über Patriotismus halten zu müssen. Der „Purpriefied“ hindert uns, auf den Schreibebrief die gebührende Antwort zu geben. Unser Vorgehen hatte Erfolg, die Bühnenarbeiter kamen zu ihrem Recht.

Inzwischen erfuhren die Lebensmittelpreise, nicht zuletzt durch den unerschämten Raub gewisser Kreise, eine nie gekannte Preissteigerung, so daß wir uns veranlaßt sahen, eine Feuerungszulage zu beantragen. Gefordert wurde für die verheirateten Arbeiter und Arbeiterinnen und solche, die als einzige Ernährer ihrer Eltern bzw. Geschwister in Betracht kommen, eine tägliche Zulage von 75 Pf., für ledige Arbeiter pro Tag 40 Pf. Resultat: Die Stadtverordneten bewilligten den Arbeitern,

Arbeiterinnen, Bediensteten und Bureauhilfsarbeitern für die Dauer des Krieges eine Feuerungszulage von 10 Proz. des jeweiligen Lohnes oder Gehaltes, die einen Lohn von 5 Mk. pro Tag und weniger beziehen, und den Beamten und Angestellten mit einem Gehalt bis zu 1600 Mk. Die mehr als 5 Mk., aber weniger als 5,50 Mk. Lohn beziehenden Arbeiter usw. und die mehr als 1600 Mk., aber unter 1760 Mk. beziehenden Beamten und Angestellten sollten so viel an Feuerungszulage erhalten, als der Unterschied zwischen ihrem Lohn und 5,50 Mk. bzw. ihrem Gehalt und 1760 Mk. beträgt. Die Zulage wird nur verheirateten und solchen ledigen Arbeitern gewährt, die als Haupternährer ihrer Familie anzusehen sind und mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben. Dieser in mehr als einer Beziehung unzulängliche Beschuß bedarf einer baldigen Revidierung. Die Ausföhrung eines solchen, wenn nicht gar des größten Teiles der Arbeiter von der Zulage, dann aber auch die Verteilung, ist eine ungerade. Der Arbeiter mit 5 Mk. Tagelohn, der vielleicht keine Kinder oder nur eins hat, erhält 50 Pf. Zulage, während ein Arbeiter mit einer siebenköpfigen Familie und einem Tagelohn von 3,70 Mk. mit ganzen 37 Pf. der Feuerung Herr werden soll.

Bei der fortwährenden Steigerung der Preise aller wichtigsten Lebensmittel werden sich die händischen Arbeiter demnach erneut mit der Frage einer Verbesserung ihres Einkommens beschäftigen müssen.

Eine Reihe kleinerer Erfolge erzielten unsere Arbeiterauschüßmitglieder in den einzelnen Betriebsauschüßen: so in der Gewerkschaft die Verbesserung der Löhne für eine Stickerkategorie und in der Gruppe C der Straßenbahn wesentliche Erleichterungen für die dortselbst beschäftigten Frauen.

Von den Frauen wurde u. a. der Wunsch geäußert, Gelegenheit zu haben, ihre Anliegen in den Ausschüßsitzungen selbst zu vertreten. Die Mitglieder des Ausschusses bekräftigten den Wunsch und waren bereit, zugunsten der Frauen einen Sitz abzutreten. Niemand zweifelte daran, daß die Stadtverwaltung diesem Wunsche nicht nachkommen würde. Um so überraschender war die Antwort des Oberbürgermeisters, der die „Zuziehung der Frauen zu den Arbeiterauschüßen grundsätzlich abgelehnt“ hat. Eine nähere Begründung zu geben, fand man nicht für notwendig. Mit tönenden Worten wird zurzeit allenthalben das Lied der tapferen deutschen Frau gesungen, die ihre Kräfte in den Diensten des Vaterlandes stellt und somit hilft, die Feinde zu bezwingen. Für die Kölner Stadtverwaltung ist demnach die Frau ausnehmend nicht reich, ihre Wünsche und Beschwerden in den Arbeiterauschüßen selbstständig zu vertreten. Es gilt also auch hier den Kampf aufzunehmen und die Gleichberechtigung der händischen Arbeiterinnen anzustreben.

Wie ersichtlich, war die Tätigkeit der Filiale eine sehr regere. Daß unsere im Felde stehenden Kollegen trotz ihrer kriegerischen Tätigkeit lebhaftes Interesse den Vorgängen innerhalb der Filiale und des Gesamtverbandes entgegenbrachten, bezuogen Auslassungen in zahlreichen Feldpostbriefen. Soweit wir im Besitze von Adressen sind, wird den Kollegen die „Gewerkschaft“ regelmäßig gemeldet. „Ich habe nie die „Gewerkschaft“ so aufmerksam gelesen wie jetzt.“ schreibt Kollege A. aus dem Westen. Rund 500 Kollegen stehen nach der letzten Zählung unter der Fahne. Leider beklagen wir auch den Verlust von 21 Mitgliedern, darunter unsere besten Vertrauensleute, die bereits Opfer des Weltkrieges wurden.

Noch lobt das fürchterliche Ringen und wird noch manches Opfer fordern. Immer mehr Kollegen werden eingezogen. Das Säuflein der Zurückbleibenden wird immer kleiner. Alle Kräfte müssen daher angespannt werden, die Organisation zusammenzubehalten. Besonders den älteren Kollegen, die sich mit Rücksicht auf ihre Jahre von der Verbandstätigkeit zurückgezogen haben, liegt die Pflicht ob, die Werbearbeit wieder aufzunehmen.

Was nach dem Kriege wird, und ob dann das Unternehmertum, Staat und Gemeinde ihren Arbeitern gegenüber, die jetzt ihre Haut zu Markte tragen, eine andere Stellung einnehmen, ob die Gewerkschaften eine andere Befandlung erfahren wie vordem, wollen wir hier nicht erörtern. Das eine steht jedenfalls fest, mit Darmonieduselei ist den Arbeitern nicht gedient. Sie werden nach wie vor danach streben, durch eine straffe Organisation maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erlangen. Halten wir an dem alten Grundsatz fest: Nach Nacht streben, um Recht zu bekommen!

◆ **Wochenbericht vom Krieg** ◆

Berlin, 30. August 1915.

Die Woche steht im Zeichen der Verfolgung auf der ganzen Ostfront. Das letzte starke Bollwerk Brest-Litowsk ist gefallen. Außer Grodno sind nun alle russischen Festungen in Polen bezwungen. Die Trennung der russischen Armeen in zwei bis drei unzusammenhängende fluchtartig sich rückwärts bewegende Gruppen ist gelungen durch Besetzung von Nowel. Aus den Veröffentlichungen der belgischen Archive geht unzweifelhaft hervor, welche verheerende Rolle ein erheblicher Teil der englischen und französischen Presse in den letzten Jahren gespielt hat. Und — fügen wir hinzu — auch die alldeutsche Presse hat ihr erhebliches Schuldkonto am Kriegsausbruch! Die Note Americas über die verentete „Arabie“ ist noch nicht heraus, und der bulgarisch-türkische Vertrag (trotz der täglich wiederkehrenden Behauptungen in der deutschen Tagespresse) noch nicht unterzeichnet. In Persien regt es sich wider Russland. In Frankreich will der Ministerpräsident Ribian auch jetzt noch Elsass-Lothringen erobern. So stehen also die Friedensaussichten zurzeit recht ungünstig!

Die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteiauschuß haben sich am 14. bis 16. August mit den Kriegsziele n beidseitig und nach Referaten von David und Fernstein folgende Leitsätze beschlossen:

„In Wahrnehmung der nationalen Interessen und Rechte des eigenen Volkes und in Beachtung der Lebensinteressen aller Völker erstrebt die deutsche Sozialdemokratie einen Frieden, der die Gewähr der Dauer in sich trägt und die europäischen Staaten auf den Weg zu einer engeren Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft führt. Demgemäß stellen wir folgende Gesichtspunkte für die Friedensgestaltung auf: 1. Die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Deutschen Reichs heisst die Abweisung aller gegen seinen territorialen Nachbereich gerichteten Eroberungsziele der Gegner. Das trifft auch zu für die Forderung der Wiederangliederung Elsass-Lothringens an Frankreich, einerlei, in welcher Form sie erstrebt wird. 2. Zwecks Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit des deutschen Volkes fordern wir: „Eisene Tür“, das heißt gleiches Recht für wirtschaftliche Betätigung in allen kolonialen Gebieten; Aufnahme der Meinbegünstigungsklausel in die Friedensverträge mit den kriegführenden Mächten; Förderung der wirtschaftlichen Annäherung durch mögliche Beseitigung von Zoll- und Verkehrsstranken; Ausgleicung und Verbesserung der sozialpolitischen Einrichtungen im Sinne der von der Arbeiterinternationale erstrebten Ziele. Die Freiheit der Meere ist durch internationalen Vertrag sicherzustellen. Zu diesem Zweck ist das Seebrennerrecht zu beseitigen und die Internationalisierung der für den Weltverkehr wichtigen Meerengen durchzuführen. 3. Im Interesse Deutschlands und seiner wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit im Südosten weisen wir alle auf Schwächung und Zertrümmerung Österreich-Ungarns und der Türkei gerichteten Kriegsziele des Vierverbandes zurück. 4. In Erwägung, daß Amerikas volkreicher Gebiete gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstoßen und daß überdies durch sie die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaates nur geschwächt und seine politischen Beziehungen nach außen dauernd aufs schwerste geschädigt werden, bekämpfen wir die darauf abzielenden Pläne kurzfristiger Eroberungspolitik. 5. Die furchtbaren Leiden und Verwundungen, die dieser Krieg über die Menschheit gebracht hat, haben dem Ideal eines durch internationale Rechtseinrichtungen dauernd gesicherten Weltfriedens die Herzen von neuen Millionen gewonnen. Die Erstrebung dieses Zieles muß als höchstes jütisches Pflichtgefühl für alle gelten, die an der Gestaltung des Friedens mitzuarbeiten berufen sind. Wir fordern darum, daß ein ständiger internationaler Schiedsgerichtshof geschaffen werde, dem alle zukünftigen Konflikte zwischen den Völkern zu unterbreiten sind.“

Radiolegend Einzelberichte:

22. August. Heftige Teilkämpfe in den Vogesen. — Am Febr räumen die Russen die Stellung Cifowice. — Geschieße bei Infogin (Karew) brachten 1200 Gefangene, 7 Maschinengewehre. — Armee Prinz Leopold überdrückter Linie Mleszajele (Kazan). 3500 Gefangene, 16 Maschinengewehre. — Armee v. Mackensen dringt über den Kurlwa Abschnitt vor. — 23. August. Englische Flotte greift belgische Mäite bei Zeebrügge vergeblich an. — Südlich Kowno dringt Armee Hindenburg vor. 2000 Gefangene, 8 Maschinengewehre. — Prinz Leopold dringt zum Wialowieskifort vor. 4500 Gefangene, 9 Maschinengewehre. Armee v. Mackensen dringt über die Kurlwa und stürmt südlich Brest-Litowsk die Höhen bei Mophlow. — Armee Joseph Ferdinand gewinnt Eisenbahnpfostenpunkt Nowel. 1300 Gefangene. In der italienischen Grenze heftige Geschüßkämpfe. — 24. August. Armee Hindenburg dringt nördlich von Rjemen sowie südlich über den Karew vor. Insgesamt 7300 Gefangene, 10 Maschinengewehre. — Armee Prinz Leopold dringt östlich vor. 1700 Gefangene. — Armee Mackensen durchbricht vorgeschobene Stellungen der

Festung Brest-Litowsk. — 25. August. Brest-Litowsk ist gefallen! — Zwei französische Flugzeugabwehrer bombardieren Sarralouis. Sie küßen 4 Flugzeuge dabei ein. — Armee Hindenburg dringt überall vor, erreicht Wialhstod. — Am Wialowieskifort und am Pripjet ist Verfolgung im Gange. — Heftige Teilkämpfe der Italiener werden abgeschlagen. — Deutsche kleine Kreuzer haben Insel Dagoo vor dem Rigaer Meerbusen) beschossen. — 26. August. Armee Hindenburg dringt südöstlich Witau und östlich Kowno vor. 2450 Gefangene, 4 Geschüße, 3 Maschinengewehre. — Stellung Klita ist von den Russen geräumt und von uns besetzt. — Armee v. Gallwitz brachte (25./26. 8.) 3500 Gefangene ein und 5 Maschinengewehre. — Geschlagene russische Armeen von Brest-Litowsk sind in vollem Rückzuge auf Minsk. — 27. August. Französische Krieger bewerfen Ötende, Middelferte, Prügge und Müllheim (Baden) mit Bomben. — Armee Hindenburg dringt nordöstlich Schönborg (Aurland) vor. 2000 Gefangene, 2 Geschüße, 9 Maschinengewehre. — Armeen Prinz Leopold und Mackensen verfolgen die Russen. — In Estgalizien an der Hota-Lipa wird die russische Front mehrfach durchbrochen. Die Leiterreider dringen in 30 Kilometer Breite vor bei Prjoganz. 6000 Gefangene. — 28. August. Auf der ganzen Ostfront Vordringen. — Der russische Widerstand ist von Wladimir Wolhustki bis zur Hota-Lipa (20 Kilometer) gebrochen. Weitere 4000 (insgesamt 10000) Gefangene. — Heftige Kämpfe an der italienischen Grenze. — Im Westen keine wesentlichen Ereignisse. — Vor den Dardanellen vergebliche Sturmangriffe der englisch-französischen Truppen.

◆ **Kriegsbriefe** ◆

Die Fernsprechruppe während eines Gefechts. Kollege Otto P. d. r. schildert uns unterm 10. August 1915 aus Leczana (Südpolen) recht anschaulich seine Tätigkeit: „... Es wird Dir bekannt sein, daß wir die Russen von Jaroslau bis hierher nach Leczana zurückgeworfen haben und schon wieder rüsten wir uns zum weiteren Vormarsch. Bei Tag wird marschiert, abends nach Sonnenuntergang beziehen wir das Bivak, die vorliegenden Bataillone verdingen sich, empfangen Munition und machen sich bereit zum Empfang der Russen. Kurz nach Mitternacht beginnt dann der Tanz. Reiz greifen die Russen an und lassen ihre Geschüße spielen. Die vorderen Linien werden dann mit einem Hagel von Granaten und Schrapnells überhäutet. Die weiter zurückliegenden Reserveen werden mit Granaten härteren Kalibers (15 und 21 Zentimeter) bedacht. Unsere Geschüße antworten darauf und dieses höllische Konzert dauert dann ein bis zwei Stunden. Inzwischen haben die Telephonisten die Leitungen von der Division zur Brigade, von dort zum Regiment, zu den Bataillonen und Kompanien fertiggestellt und man harret nun auf die Befehle: Anruf: ... hier Regiment ... hier Division ... Befehl: „Das Regiment geht um 4 Uhr 30 vor, behält links Anschluß an die ... Division und rechts an die ... Garde-Division. Schluß.“ Anruf: „... hier ... Bataillon, hier Regiment“. „Das Regiment geht 4 Uhr 30 vor, rechts Anschluß an das ... Garde-Regiment, links an das ... Bataillon.“ Derselbe Befehl geht an die zwei übrigen Bataillone. Dann kommt die Artillerie. Anruf: ... Hier Regiment ... hier Regiment ...“ „Das Regiment geht vor im Abschnitt A-K, feindliche Stellungen mit Granaten belagen.“ Anruf: ... Hier Aufartillerie-Regiment ...“ (10, 15 und 21 Zentimeter). „Hier Regiment ...“ „Das Regiment geht vor im Abschnitt A-K. Reserveen, die bei 3. beobachtet sind, mit Schrapnells belagen.“ Anruf: ... Hier ... Bataillon.“ Melduna: „Hinter den zwei einzelnen Bäumen sind drei Maschinengewehre.“ Anruf: ... Hier Aufartillerie-Regiment ...“ „Hier Regiment ...“ „Vor dem ... Bataillon hinter den zwei einzelnen Bäumen stehen drei Maschinengewehre. Ziel 40 bis 60 Meter links tragen.“ — Anruf: ... Hier Regiment ... Hier ... Bataillon: „Kommt das Bataillon vor?“ — „Ja wohl, bereits 100 Meter vorgezogen.“ Aber das ... Bataillon hängt ab. — Anruf: ... Hier ... Bataillon, hier Regiment ...“ — „Barium hängt das Bataillon ab? Die Garde kommt nicht vor. Vor unserem Abschnitt starke Verdingungen des Feindes und hinter der Front Verdingung.“ Anruf: ... Hier Aufartillerie-Regiment ... hier Regiment ...“ „Am Abschnitt vor ... und ... Garde-Regiment starke Verdingungen, dahinter Verdingung.“ Und so weiter. Nach einer Stunde Anruf: „Hier Regiment.“ „Das ... Bataillon meldet, daß die Kompanien 1000 Meter vorgeückt sind, die ... Kompanie ist bereits in der feindlichen Stellung, der Feind zieht sich zurück.“ Die zwei übrigen melden dasselbe. Dann Meldung an die Artillerie, daß das Feuer vorgezogen wird und die Schwere folgt auf die zurückgehenden Formationen. Dann kommt Kavallerie und unsere Vortruppen werden zur Aufklärung vorgeschickt. Das Regiment sammelt sich und die Verfolgung beginnt. Inzwischen werden die Verwundeten zurückgebracht und die Toten begraben. Dies dauert meistens bis zum Abend. Inzwischen haben wir unsere Leitungen abgebaut und rücken auch vor. Im neuen Standort an-

gekommen, werden die neuen Leitungen wieder gelegt und das Angeführte wiederholt sich. So geht es nun schon solange wir hier sind. Höchstens drei- bis viermal haben uns die Mäusen zwei bis drei Tage aufgehalten, dann mußten sie weichen. Nun liegt sich das gar nicht übel, aber wenn man „mittun tut“, dann ist's eben was anderes. Es ist ein eigen Ding, die Mäuse zum Telephonieren zu bewahren, wenn die Granaten vor, hinter, links und rechts von Dir einschlagen und die Gewehrgeschosse mit ihrem unheimlichen Pfeifen um die Ohren sausen! Nun bin ich mit meinem Trupp ständig beim Regimentsstab. ... Send' Dir und allen Freunden die besten Grüße!

• Aus den Stadtparlamenten •

Kriegs-Teuerungszulage.

Abtershof. Die Gemeindevertreterversammlung beschäftigte sich mit einem Vorschlage, den Diätaren für die Kriegsdauer eine Gehaltszulage von 10 Proz. und den Gemeindearbeitern je nach Dienstalter und Leistung eine Zulage von 1 bis 2 M. wöchentlich zu gewähren. Genosse Modt verlangte eine gleichmäßige Zulage von 10 Proz. auch für die Gemeindearbeiter, da man in Anbetracht der großen Teuerung keinen Unterschied zwischen Körperlicher und geistiger Tätigkeit machen solle. Der Antrag unserer Genossen auf gleichmäßige Zulagen wurde abgelehnt, der Vorschlag der Kommission angenommen. Die Zulagen sollen rückwirkend vom 1. Juli ab gezahlt werden.

Frankfurt a. O. Alle städtischen Arbeiter erhalten pro Woche 1 M. Zulage.

Veitbrunn. Den beim Heeresdienst befindlichen Gemeindearbeitern wird der volle Lohn für die Kriegsdauer gezahlt. Die Stadt hat das schon am 6. August 1914 beschlossen. Unständigen treten nach sechsmonatiger Tätigkeit ebenfalls in den Vollbesitz. Auch ist eine Kinderzulage statt einer Teuerungszulage beschlossen worden.

Jena. Unsere Kollegen beantragten im Mai die Gewährung einer Teuerungszulage von 15 Proz. für die mit unter 4,50 M. täglichem Verdienste und von 10 Proz. für die mit über 4,50 M. täglichem Verdienste Beschäftigten. Der Gemeinderat beschloß daraufhin in seiner Sitzung vom 19. August als Teuerungszulage für ein Ehepaar monatlich 6.— M. und außerdem für jedes Kind, jedoch höchstens bis zu drei, 2.— M. monatlich zu gewähren, soweit der Jahresverdienst 2000 M. nicht übersteigt. In Frage kommen demnach 20 Weib mit 12 Kindern und 192 Arbeiter mit 266 Kindern. Die jährlichen Gesamtkosten sind auf 21 216 M. berechnet worden. Leider vermischen wir in dem Beschlusse eine Bestimmung darüber, von welchem Zeitpunkt an die Zulage gewährt wird. Es wäre angebracht gewesen, dem Beschlusse rückwirkende Kraft zu geben, zumal die Arbeiter ihren Antrag bereits am 11. Mai, also vor drei Monaten eingereicht haben. — In gleicher Sitzung beschloß der Gemeinderat ferner, den Familien der eingezogenen städtischen Arbeiter eine bessere Unterstützung zu gewähren. Der Antragsentscheid hatte beantragt, erhöhte den Lohn auf die Dauer von vier Wochen nach der Einziehung fortzuführen. Zweitens für Arbeiter, die bei Kriegsausbruch ein bis drei Jahre bei der Stadt beschäftigt waren, 60 Proz. des bisherigen Lohnes, drittens für Arbeiter mit längerer als dreijähriger Dienzeit 75 Proz. des Lohnes einschließlich der Reichsunterstützung zu gewähren. Gemeinderatsmitglied Florin (Soz.) beantragte, die Unterstützung schon dann zu gewähren, wenn der Arbeiter am Tage seiner Einziehung ein Jahr bei der Stadt in Arbeit steht. Bürgerliche Vertreter wandten sich dagegen und fragten, was denn der Staat und die Eisenbahn für die Arbeiter tun? Mit Recht betonte der Vorsitzende demgegenüber, daß es nicht richtig sei, in solchen Dingen auf das Verhalten der Staatsverwaltung hinzuweisen. Die Städte müßten hier vorbildlich wirken. Der Antrag Florin wurde dann auch angenommen.

Kolberg. Wie schon in Nr. 21 der „Gewerkschaft“ berichtet, erhalten die städtischen Arbeiter auf ihre Eingabe eine Zulage von 3 M. in 2 Wochen. Da die Zulage den jetzigen Teuerungszulageverhältnissen nicht entspricht, wurden die Gasarbeiter nochmals vorgestellt. Darauf hat der Magistrat die Höhe erhöht. Es erhalten jetzt Gasarbeiter 3 M., alle anderen Arbeiter 2 M. pro Woche. Ferner werden den Feuerhausarbeitern im Gaswerk jetzt 11 Stunden, bisher nur 10 Stunden pro Schicht bezahlt.

Lahr. Der Stadtrat hat beschloßen, allen städtischen Arbeitern Teuerungszulagen zu gewähren, und zwar erhalten ledige und verheiratete mit bis zu 3 Kindern 25 Pf. pro Tag, verheiratete mit über 3 Kindern 30 Pf. für den Tag. Den Gasarbeitern wird die schon im April bewilligte Zulage von 20 Pf. auf diese Zulage angewendet.

Stralsund. Es erhalten unverheiratete Arbeiter 6 M., verheiratete ohne Kinder 8 M., bis zu 2 Kinder 10 M., mit mehr als 2 Kinder 12 M. pro Monat.

Wandebek bewilligte Kinderzulagen, und zwar für 1 Kind 6 M., für ein zweites Kind 4 M. und für jedes Kind mehr 3 M. monatlich.

• Aus unserer Bewegung •

Nachen. Auch der hiesigen Stadtverwaltung wurde von unserem Verband eine Eingabe um Teuerungszulage unterbreitet. In derselben Zeit unternahmen auch die Christlichen etwas. Beide Eingaben wurden zurückgewiesen, und darauf ist dann eine von den Arbeitern unterzeichnete Eingabe eingereicht worden. Durch Verhandlungen wurde auch die Bewilligung einer Zulage zugesagt und ist inzwischen zur Auszahlung gelangt. Trotzdem nun den Christen bekannt war, daß auch unsererseits eine Eingabe gemacht worden war, kommt man her und schreibt in Nr. 17 „Der Gemeindearbeiter“: „Auch die hier den städtischen Arbeitern gewährte Teuerungszulage ist einer Eingabe unseres Verbandes zu danken. Würde doch seitens der Stadtverwaltung in der betreffenden Kommission mitgeteilt, daß nur eine Eingabe des christlichen Gemeindearbeiterverbandes vorliege. Von anderen Organisationen sind solche also nicht gemacht worden.“ — Was soll dieses nun bedeuten, oder was soll hiermit bezweckt werden? Doch nichts anderes, als Vorbeeren zu ernten, wo keine zu holen sind und ferner den Arbeitern in Nachen zu zeigen, daß nur die christliche Organisation die Vertretung der Arbeiter ist. Wenn nun unsererseits eine Eingabe nicht gemacht worden wäre, wie konnten wir dann folgendes Schreiben erhalten:

Der Oberbürgermeister. Nachen, den 21. April 1915.

Erwidern auf das Schreiben vom 1. April 1915. Zeits der hiesigen städtischen Arbeiter ist ein Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage bis jetzt nicht eingegangen. Es liegt daher diesseits keine Veranlassung vor, der Frage einer Teuerungszulage zurzeit näherzutreten. (Unterschrift.) — An den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gau Hannover, a. S. des Herrn F. Weizner, Hannover.

Aus diesem Schreiben geht wohl klipp und klar hervor, daß unsere Organisation früher an die Verbesserung der Lohnverhältnisse gedacht hat als die Christen. In Wirklichkeit kann bei alledem von einer Teuerungszulage gar nicht geredet werden. Wenn schon die Löhne in Nachen niedriger sind als in anderen Städten, was will es da heißen, wenn ganzen 10 Kollegen 20 M. und für jedes Kind 5 Pf. pro Tag bewilligt wurden. Denn alle diejenigen, welche früher Zulage erhalten hatten, sind doch bei der Teuerungszulage ausgeglichen.

Tarnstahl. Auf unsere Eingabe an die Hessische Eisenbahn N. O. um eine Teuerungszulage von 30 Pf. täglich wurde in der Arbeiterentscheidung vom 20. August an die Arbeiter und Bediensteten, die vor dem 1. August 1914 im Betriebe beschäftigt waren und weniger als 2000 M. Einkommen haben, folgende Familienzulage gewährt: Für kinderlose Ehepaar 6 M. monatlich, bis zu 2 Kindern 9 M., für jedes weitere Kind 1,50 M., steigend bis zu 15 M. monatlich. Die Auszahlung erfolgt vierteljährlich, erstmalig am 15. September.

Halle a. S. Am 22. August fand unsere Versammlung im „Vollspart“ statt. Der Kollege Richard Kaiserwald ist auf dem Felde der Ehre gefallen und wird in üblicher Weise geehrt. Hierauf hielt Kollege Freisler seinen Vortrag über „Die Tätigkeit unseres Verbandes während der Kriegszeit“. Am Schluß seines Vortrages gab er bekannt, daß die Arbeitgeber zur Organisation auffordern, und deshalb müßten auch wir eine starke Organisation haben nach dem Kriege. Hierauf erhielt der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal. Einnahme inkl. Bestand 1663,86 M., Ausgabe 299,66 M., an den Hauptvorstand 703,41 M., bleibt ein Stammesbestand der Filiale von 660,79 M. Die Kasse wurde geprüft und dem Kassierer Entlastung erteilt. Alsdann gibt der Vorsitzende bekannt, da die Teuerungszulage Ende Oktober abläuft, so ist von der Filiale eine Eingabe ausgearbeitet, welche dem Magistrat unterbreitet werden soll. Sie wurde vom Schriftführer nochmals vorgelesen. Hierauf wurde einstimmig beschlossen, die Eingabe mit Unterschriften zu versehen und dem Magistrat und den Stadtverordneten zuzufenden.

Königsberg i. Pr. Eine Gedächtnisfeier für den Kollegen Desolowski fand am 22. August statt. In der Gedächtnisrede entrollte der Medaltener Genosse Martwald ein Lebensbild Desolowskis, der den ärmlichen, bedrückten Verhältnissen unseres ländlichen Ostens entkommend, frühzeitig den Weg zur Partei und Gewerkschaft fand und seine Kraft der Arbeiterklasse widmete. Wie er für das Wohl seiner Klasse stets eingetreten, so habe er auch als Soldat seine Pflicht erfüllt, bis am 21. Juli bei Nowograd nach viermaligem heftigen Sturmangriff eine feindliche Schwarmtruppe seinem Leben ein Ziel setzte. Nicht zu klagen gelte es über den Verlust, sondern in seinem Sinne weiterzuarbeiten, nicht mit töndernden Worten ihm Dank zu sagen, sondern derer zu gedenken, die ihm im Leben am nächsten standen. An die zur Feier erschienenen Herren des Präsidiums der Stadtverordnetenversammlung richtete der Redner für die dem Toten erwiderte Ehrung Worte des Dankes. Formvollendet und wachend drachte Herr Eggerts, Mitglied des Neuen Schauspielbundes, der von unserer Genossen Schiffer, Vorsitzender des Arbeiterbildungsausschusses, verfassten Biologie zum Vortrag. Mit dem Gesang des alten treulichen Liedes „Ein Sohn des Volkes“ des Gesangsvereins „Vorwärts“ endete die eindrucksvolle feierliche Feier.

Rundschau

Unsere Verbandsan- **im Felde.** Gegenwärtig
 (31. August) sind 35 Be- **terer Organisation** eingezogen.
 Wie lassen nachstehend au- **recht** eingegangenen Nachrichten
 wieder einige kurze An- **den** sagen: **Hermann** ist Unteroffizier
 beim Landsturm-Ersatzbataillon Karlsruhe. **Jurzeit** in Urlaub.
Vecker Mannheim bedient den **Reinprecher** an der vordersten
 Front in Rußland. Der letzte Brief kam von **Venezna**. **Vascher**
 Berlin ist als Gendarm nach **Novo Georgiewsk** einarrückt. **Chreit-**
Munberg betreut Gefangene in **Ansbach**. **Gabel** Straßburg
 steht in **Brügge** (Belgien) zur **Verfassung**. **Gebhardt** Haupt-
 bureau (Armierungssoldat) ist **zurzeit** auf **Erholungsurlaub** in
 Berlin. **Heider** Dresden ist **Arbeiter** beim **Kellblazarett** in **Laon**
 (Frankreich). **Heiny** **Duffeldorf** bedient **Kanonen** bei der **russi-**
schon **Verfolgung** und **kämpft** **nebenbei** mit der **Ungeziefersplage**.
Deutsche Hauptbureau wird **zum** **Infanteristen** **gedrillt**.
Deuers Bremen steht im **Schützengraben** vor **Aras**. **Hahn-**
Damburg hat **Verdammthalt** bei **Gefangenen** in **Dülmarschen**.
Dolle **Nürnberg** ist **Sanitätsfeldwebel** in **Ingolstadt**. **Hölken-**
Klein **drückt** als **Unteroffizier** **Rekruten** in **Mein**. **Ahle** **Gamburg**
 arbeitet **schwer** als **Pionier** in **Rußland**. **Löffig** **Chemnitz** ist
Kranlentäger im **hiesigen** **Rußland**. **Lippert** **Hauptbureau** tut
Unteroffizierdienst in **Fraunberg** (**Bayern**). **Marole** **Haupt-**
bureau wird **weiter** **ausgebildet** im **Infanterieregiment** **Juditten**
 bei **Königsberg**. **Maurer** **Hauptbureau** ist **zur** **Erholung** in **Bad**
Neuen (**Lippe**). **Neumann** **Bremen** ist **Torpedoschiffmeister-**
maat. **Rob** **Stuttgart** steht in **Chlingen** (**Bayern**). **Rehold-**
Frankfurt a. M. ist **Landwehrmeyer** in **Kielm** (**Rußland**).
Reuner **Hauptbureau** **schon** **schwer** in **Conslans** (**Frankreich**)
 als **Armierungssoldat**. **Riedel** **Damburg** ist **Eisenbahner** in
 Dresden. **Schmeyer** **Frankfurt a. M.** hat **zurzeit** (bis 31. August)
Urlaub. **Schmidt** **Hauptbureau** hat **Garnisdienst** in **Frankfurt**
 a. M. **Schneider** **Frankfurt a. M.** hat **Sturm** auf **Waridan** mit
gemacht. **Si** bei **Reinprechertruppe**. **Schulz** **Berlin** wird als **In-**
fanterist **ausgebildet** in **Coerent**. **Schulz** **Karlsruhe** ebenso in
Karlsruhe. **Schulz** **Hauptbureau** ist **Militärkassenwärter** in **Berlin**
 (**Kriegsdruckschein**). **Stetter** **Smargit** in **Reichsrechnung** in **den**
Gendarm in **Novo Georgiewsk**. - **Gefallen** sind **bekanntlich**
Sebold **Münden** und **Wieseler** **Königsberg**. - **Von** **den**
unbesoldeten **Mitgliedern** **des** **Verbands** **und** **Neumann**
und **Papold** in **Rußland**. **Silberreiter** **Waldmann** und
Silberreiter **Wenzlaw** werden **zurzeit** **ausgebildet**. - **Viele**
Hundert **von** **gütigen** **Hilfsleistungen** **und** **ca** **21000** **Verbands-**
mitglieder **haben** **zurzeit** **im** **Felde**. **Wen** **etwa** **1000** **gefallen** **sind!**
Wir **erwarten** **von** **allen** **Zusiedelungen**, **namentlich** **von** **den**
Waisen. **Stumpj** **Mannheim** wird in **Karlsruhe** **ausgebildet**.
Strunk **Frankenburg** (**Bayern**) ist **Sanitätsunteroffizier** in **Neuen**
 (**Gefangenenlager**). **Timm** **Hauptbureau** bewacht **Gefangene** in
Tiefenitz (**Bayern**). **Wachtendorf** **Magdeburg** gehört zur **Re-**
servartillerie **Munitionssolonne** in **Mein**. **Gabel** **Berlin** ist
älteren **Kollegen**, **dass** **sie** **die** **Verbandsarbeit** **nicht** **ruhen**
lassen, **sondern** **auch** **sehr** **reg** **die** **Agitation** **von** **Rund** **zu** **Rund**
betreiben, **son** **die** **notwendigen** **Arbeiten** **für** **die** **Organisation**
nützlich **übernehmen**. **Alle** **Zurückbleibenden** **werden** **es** **ihnen** **danke!**

Lohnbrückende Frauenarbeit. Wo Frauen neu in Berufe
 hineinkommen, werden sie von den Männern mit Misstrauen
 betrachtet. Die Ursache ist die Furcht, dadurch aus ihren Arbeits-
 plätzen verdrängt zu werden und für die Folge weniger Gelegen-
 heiten zur Erwerbarbeit zu haben. Anlaß zur Verdrängung gibt
 die Möglichkeit für die Unternehmer, in den Frauen billigere Ar-
 beitskräfte zu haben. Mit ganz wenigen Ausnahmen werden
 Frauen selbst für die gleiche Arbeit niedriger entlohnt als die
 Männer. Dadurch aber entzieht für diese die Gefahr, sich eben-
 falls mit niedrigeren Löhnen begnügen zu müssen. Diese Wir-
 kungen der Frauenerwerbarbeit, die mit dem Steigen der Ziffern
 erwerbstätiger Frauen und Mädchen von größerem Einfluß auf
 die Gesamtverhältnisse der Arbeiterschaft wurden, hat dazu geführt,
 die weiblichen Arbeiter und Angestellten in die gewerkschaftlichen
 Organisationen aufzunehmen und gemeinsam mit ihnen den Kampf
 um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen, nach dem
 Grundsatz: gleicher Lohn für gleiche Leistungen. Von der Erfüllung
 dieser Forderung sind wir aber noch weit entfernt. Nicht zuletzt
 liegt dies an den unverhältnismäßig weiblichen Verdienen, die von dem
 Wert der gewerkschaftlichen Organisationen so schwer zu überzeugen
 sind und so leicht nicht glauben wollen, daß jeder einzelne dazu
 beitragen kann, ihn zu erhöhen. Die Ansicht, nur verabschiedend
 erwerbstätig zu sein, ist ein weiterer Grund, sich den Organisa-
 tionen nicht anzuschließen. Doch Gründe sind aber noch allein die
 Ursachen, die die Arbeiter noch immer die Rolle der Lohnbrücken-

spielen lassen. In der Hauptsache ist es die weitverbreitete Ansicht,
 den Frauen könnten gleiche Löhne auch gar nicht zu, weil sie weni-
 ger zum Leben brauchen als die Männer. Diese Ansicht wurzelt
 so tief in weiten Kreisen der Bevölkerung, selbst bei dem weiblichen
 Teil, daß die Arbeiterorganisationen erhebliche Anstrengungen
 machen müssen, sie in ihren Kreisen auszuräumen. Vorher ist aber
 an praktische Durchführung der Organisationsförderung gar nicht
 zu denken. Glücklicherweise ist auch diese gewerkschaftliche Tätig-
 keit nicht erfolglos. Wie sehr man als ganz selbstverständlich an-
 sieht, für Frauenarbeit nicht die gleichen Entschädigungen zu ge-
 währen wie den Männern, zeigen unter anderem Verfügungen der
 badiischen und preussisch-hessischen Eisenbahnverwaltungen. Der
 Krieg hat auch für die Eisenbahnen Personalschwierigkeiten ge-
 schaffen und zur Einstellung weiblicher Arbeiter geführt. Die ge-
 nannten Behörden zahlen als Entschädigungen aber nur bis zu drei
 Vierteln der Beträge, die früher männlichen Arbeitern gewährt
 wurden. Nur wenn ganz außergewöhnliche Verhältnisse vorliegen,
 soll von dieser grundsätzlichen Regelung der Löhne abgegangen
 werden. Daß Frauen im Eisenbahndienst nur mit leichteren Ar-
 beiten beschäftigt werden sollen, rechtfertigt nicht die niedrigere Be-
 zahlung. Allerdings ist es berechtigt, schwerere Arbeit anders zu
 entlohnen als leichte, und wenn Frauen im Eisenbahndienst die
 leichte Arbeit zugewiesen erhalten und den Männern die schwere
 Arbeit bliebe, würde niemand gegen einen entsprechenden Unter-
 schied in der Entlohnung sein. Allerdings dürfte dieser nicht dazu
 führen, den Frauen für ihre Arbeit weniger zu zahlen, als den
 Männern früher dafür gegeben wurde. Das aber ist nach den Er-
 lassen der beiden genannten Eisenbahnverwaltungen der Fall, die
 übereinstimmend in allen Fällen nur bis zur Höhe des dreiviertel-
 fachen Betrages der früheren Entschädigungen bei der Entlohnung
 der Frauen geben wollen. Wenn selbst Behörden in dieser Art
 Frauenarbeit bewerten und entlohnen und sich darunter sogar die
 Eisenbahnverwaltung des Kaiserthums befinden, darf man
 sich freilich nicht wundern, daß in Privatbetrieben die geringere
 Entlohnung der weiblichen Arbeitskraft immer wieder eintritt. In
 der jetzigen Zeit ist dies von ganz besonderem Einfluß. Bei der
 herrschenden Teuerung der Lebensmittel sind Familien, in denen
 die Frau Haupternährer ist, geradezu zur Unterernährung ver-
 dammt. Auch alleinlebende Frauen und Mädchen, die von ihrem
 Verdien leben müssen, können sich nicht genügend ernähren. Wo
 Arbeiterfamilien nur die Reichsunterstützung erhalten, sind sie eben-
 falls gezwungen, sich hart einzuschränken, wenn die Frau als Er-
 werbsarbeiterin nur gering entlohnt wird. Es ist ferner zu be-
 denken, daß ein Teil der Betriebe, einschließlich der behördlichen,
 die billige Frauenarbeit nach dem Kriege beibehalten werden und
 dies ein weiterer Anlaß zu Lohnluzierungen für die Männer sein
 wird. Diese Ansicht wird sicher immaun sein, beunruhigend auf
 unsere Arbeiter draußen in den Schützengraben zu wirken, die für
 ihre und die Zukunft ihrer Familien besorgt werden. Diese Wir-
 kungen der Frauenerwerbarbeit sind deshalb recht bedauerlich.
 Freilich schämt man sie dadurch nicht aus der Welt. Sie ist nur zu
 bezeugen durch gewerkschaftliche Organisation auch der Frauen.
 Das zeigt uns nicht zuletzt das Verhalten der beiden süddeutschen
 Eisenbahnverwaltungen. Mögen deshalb die Arbeiter und Arbeit-
 erinnen aus der Weidäftigung und Entlohnung der Frauen während
 des Krieges lernen und danach ihr Verhalten einrichten.

Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1913. Ueber die Tätig-
 keit der Gewerbe- und Bergbauaufsicht veröffentlichen die General-
 kommission der Gewerkschaften Deutschlands alljährlich aus den
 amtlichen Berichten der Aufsichtsorgane eine zusammenfassende
 stamische Uebersicht, die zur Beurteilung über die Durchführung
 des Arbeiterschutzes im Deutschen Reich wertvolles Material lie-
 fert. Der Bericht für das Jahr 1913 ist soeben erschienen; er dürfte
 auch bei der gegenwärtigen außergewöhnlichen Zeit einige Be-
 achtung verdienen.

Der Gewerbeaufsicht waren 1913 insgesamt 321 401
 Betriebe, in denen rund 6½ Millionen Personen beschäftigt waren,
 unterstellt. Die Zahl der in der Gewerbeinspektion tätigen Be-
 amten ist im Berichtsjahr von 555 auf 564 gestiegen. Unter diesen
 Beamten befinden sich auch 48 weibliche Amtsinhaberinnen und 18 Ge-
 hilfen aus dem Arbeiterstande. Die Zahl der letzteren vermehrte
 sich um 11, eine Tatsache, die von der Arbeiterkraft nur freudig
 begrüßt werden kann. Am Durchschnitt entfielen auf jeden Be-
 amten der Gewerbeinspektion 569,5 Betriebe und 11 540,8 Arbeiter.
 Diese Zahlen beweisen, wie stark die Beamten belastet sind und
 wie weit die Gewerbeaufsicht noch davon entfernt ist, auf dem
 Gebiete des Arbeiterschutzes durchgreifend wirken zu können.
 Dieses Moment drückt sich denn auch deutlich in den Verhältnis-
 zahlen der revidierten Betriebe aus. Von je 100 der Aufsicht
 unterstellten Betrieben wurden im Jahre 1913 nur 55,6 einer
 Revision unterzogen, in denen 83,7 der der gesamten Aufsicht unter-
 stellten Arbeiterzahl beschäftigt war. Das Revisionsverhältnis ge-
 staltet sich allerdings gegen das Vorjahr etwas günstiger, doch kann
 nur dann der Zustand als ein idealer angesehen werden, wenn
 ein jeder von den der Aufsicht unterstellten Betrieben mindestens
 einmal im Jahre revidiert wird, und bei Betrieben, die für Leben
 und Gesundheit der Arbeiter besonders gefährlich sind, die
 Revisionen sich des öfteren wiederholen. Der Verhältnisauf-
 sicht waren 3123 Betriebe mit 577 160 beschäftigten Arbeitern

Die Fahngasse (Den toten Siegern)

Anders als im Tag, da ausgelassen
eine laute Menge sie durchlärm,
sehen unsre buntbeslaggen Galgen
in der Nacht - voll Schwermut und verhärm.

Durch die vielen farbenstarken Fahnen,
die der Sieg aus allen Fenstern hängt,
bebt von jenem tiefen Schmerz ein Ahnen,
der heut jede Menschenbrust bedrängt.

Wenn der Nachtwind jählich in den Falten
all der tausend grellen Banner räumt,
seh ich tausend zuckende Gestalten,
drin sich jäh verlösches Leben bäumt.

Und von einer zu der andern Mauer
nächstelang ein leises Schluchzen geht:
„Ihrer Unschuld, ihrer Liebe Trauer
und ihr Blut ist's, was im Winde weht.“

Jene tausend unbekanntem Toten,
die der rasche Sieger Tod gefüllt,
alle, alle senden zinen Boten
einmal noch durch ihre stille Welt.

Schreien selber durch die Straßensellen,
mitten durch die bunke Wimpelpracht,
und vor manchem stillen Haus verweilen
und verinnen sie die letzte Nacht.

Bis der kühle Morgenwind die Fahnen
wieder zu erregtem Jubel haucht,

und tief unter jedem Leid das Ahnen
einer schöneren Zukunft tauscht.

Karl Bräger in der
„bränflischen Tagespost“

urteilt. Die Aufsicht wurde von 121 Beamten ausgeübt, so daß auf jeden Beamten 25,8 der zu beaufsichtigenden Betriebe mit 72493 Arbeitern kommen. Von je 100 Betrieben wurden 95 revidiert und von den Revisionen ziffermäßig fast alle Arbeiter erfaßt. Die größten Gefahren des Bergwerkbetriebes erfordern natürlich eine höhere Revisionsstätigkeit; hier muß die Forderung lauten: daß alle Betriebe im Laufe des Jahres wiederholt und eingehend zu revidieren sind. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Vermehrung der Betriebe um 4,1 Proz. eingetreten. Die Gesamtarbeiterzahl beziffert sich auf 7386173. Sie hat sich seit 1912 um 1,5 Proz. vermehrt. Die Gesamtarbeiterkraft setzt sich zusammen aus 5 091 516 erwachsenen Männern, 1 405 621 erwachsenen Frauen, 556 810 jugendlichen Personen von 14 bis 16 Jahren und 14 186 Kindern unter 14 Jahren. Von je 100 Arbeitern waren 73,24 erwachsene Männer, 19,03 erwachsene Frauen, 7,51 Jugendliche und 0,19 Kinder. Bei einem Vergleich der Verhältniszahlen des Berichtsjahres mit denen des Vorjahres zeigt sich eine Vermehrung der billigeren Arbeitskräfte, das Merkmal der sinkenden Konjunktur des Wirtschaftslebens. Von den der Aufsicht unterstellten Betrieben wurden 211 451 einer Revision unterzogen, darunter 31 790 wiederholt. Die Gesamtzahl der Revisionen belief sich auf 313 244. 4007 Revisionen wurden in der Nacht und 7096 an Sonntagen ausgeführt. Neben den Betriebsrevisionen fanden 37 691 Unfalluntersuchungen statt. Bei den Revisionen sind in 21 159 Fällen die sich auf 15 842 Betriebe erziehenden, Verstöße gegen die Jugendschutzbestimmungen festgestellt worden. Seit dem Jahre 1910 ist die Zahl der Verstöße nach den ermittelten Betrieben relativ, und zwar von 11,6 Proz. auf 8,7 Proz. zurückgegangen. Immerhin zeigen jedoch diese Ziffern, wie rücksichtslos die Unternehmer sich über die Bestimmungen des Jugendschutzes hinwegsetzen und wie notwendig eine scharfe Kontrolle derjenigen Betriebe ist, in denen Jugendschutzbestimmungen bestehen. Das Jahr 1910 brachte für die Arbeiterinnen den Jahrestag und das Nachtarbeitsverbot, und da in dem gleichen Jahre der Kreis der der Aufsicht unterstellten Betriebe erheblich erweitert wurde (Betriebe mit mindestens zehn Arbeiterinnen), so ist es erklärlich, wenn dieses Jahr den Höhepunkt der ermittelten Verstöße gegen die Arbeiterinnenbestimmungen aufweist. Von 1910 ab ist ein ständiger Rückgang zu beobachten. Ein Zeichen, daß sich die Betriebsleiter allmählich an die weitergehenden gesetzlichen Bestimmungen gewöhnt haben. Immerhin wurden in 5620 Fällen Verstöße gegen die Arbeiterinnenschutzbestimmungen ermittelt. Auch die Bewilligung von Leberarbeit für Arbeiterinnen ist seit 1910 ständig im Rückgang begriffen. Die Bewilligung von Sonntagsarbeit erscheint in den Berichten der Aufsichtsbeamten nur soweit, als diese Bewilligungen erfolgen auf Grund des § 105i der Gewerbeordnung, die Zulassung zur Verhütung eines unbilligkeitsmäßigen Schadens. Es wurde 1913 2252 Betrieben für 133 813 Arbeiter zusammen 1 761 240 Stunden Sonntagsarbeit bewilligt. Das ergibt im Durchschnitt für jeden Betrieb 541,6 Stunden und für jeden davon betroffenen Arbeiter 11,5 Stunden. Bei der Bewertung dieser Zahlen darf jedoch nicht übersehen werden, daß außerdem der Bundesrat und Reichsanzler den höheren und unteren Verwaltungsbehörden noch zahlreiche Ausnahmen von der Sonntagsruhe gewähren können. Die vorstehenden Zahlen erschöpfen deshalb bei weitem noch nicht das volle Maß der bewilligten Sonntagsarbeit. Die Entwicklung der Gewerbeaufsichtssituation ergibt eine ständige Zunahme der von den Arbeiterschutzvorschriften erfaßten Betriebe und Arbeiter. Die Zunahme resultiert nicht lediglich aus dem allgemeinen Wachstum der deutschen Industrie, da durch Aenderung der Arbeiterschutzvorschriften weitere Gewerbezeige und Betriebsgrößen der Gewerbeaufsicht unterstellt worden sind, namentlich kleinere Betriebe. — Auch der Einfluß der Gewerbeinspektion hat sich gehoben, doch ist sie noch weit davon entfernt, die Stellung einzunehmen, die ihr gebührt. Bei dem notwendigen weiteren Ausbau des Arbeiterschutzes und der Durchführung desselben werden es die deutschen Arbeiter an ihrer Mitwirkung nicht fehlen lassen.

Totenliste des Verbandes.

Josef Artmann, Gartling

Holzboauer (Forstamt)

† 21. 8. 1915, 44 Jahre alt.

Anton Arnold, München

Arbeiter (Straßenbau)

† 24. 8. 1915, 41 Jahre alt.

Gustav Bartels, Achtersleben

Arbeiter (Wasserwerk)

† 24. 8. 1915, 68 Jahre alt.

Nikol. Gnsigel, Schweinsfurt

† 26. 7. 1915,

im Alter von 66 Jahren.

Hermann Gaupisch, Dresden

Tischbaubeiter

† 27. 8. 1915, 69 Jahre alt.

H. B. Herold, Freipzig

Gartenarbeiter

† 21. 8. 1915, 65 Jahre alt.

Hermann Stechow, Breslau

Marshall

† 26. 8. 1915, 72 Jahre alt.

Carl Drek, Hummelsbüttel

Friedhof

† 23. 8. 1915, 18 Jahre alt.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

Josef Aigner, München

am 19. Aug. i. Alter v. 29 Jahren

im Kriegs-lazarett zu Labru verst.

Stefan Bialas, Hamburg

am 5. August im Alter von

45 Jahren im Osten gefallen.

Edvard v. Böhlen, Hamburg

am 6. August im Alter von

38 Jahren im Osten gefallen.

Herm. Börner, Wilmersdorf

am 2. August im Alter von

31 Jahren gefallen.

Robert Christoph, Berlin

Gasarbeiter, am 17. Juli im

Alter von 32 Jahren gefallen.

Felix Eisen, Freipzig

am 15. August im Alter von

23 Jahren im Osten gefallen.

Joh. Frank, Krefeld

im Alter von 24 Jahren

im Westen gefallen.

H. Frömmer, Friedrichshag.

am 7. August im Alter von

37 Jahren in Rußland gefallen.

Wilhelm Hoch, Düsseldorf

Gasarbeiter,

im Alter von 34 Jahren gefallen.

Otto Mangold, Berlin

Gasarbeiter, am 17. August im

Alter von 30 Jahren gefallen.

Gustav Matthes, Hamburg

am 30. Juni im Alter von

25 Jahren im Osten gefallen.

Hinrich Müller, Nottensdorf

am 22. Juni im Alter von

39 Jahren im Osten gefallen.

Karl Nickelbrunn, Krefeld

am 14. August im Alter von

31 Jahren in Rußland gefallen.

Hermann Noack, Berlin

am 9. August im Alter von

31 Jahren gefallen.

Lamb. Renneberg, St. Eunis

am 23. August im Alter von

26 Jahren in Frankreich gefallen.

Wili Hofemann, Berlin

am 16. Juli im Alter von

24 Jahren gefallen.

Hermann Sembach, Berlin

Gasarbeiter, am 22. Juli im

Alter von 31 Jahren gefallen.

Max Steidel, Berlin

am 10. August im Alter von

29 Jahren gefallen.

Lamb. Stocker, Freiburg/Bz.

Schloßer, am 3. August im

Alter von 20 Jahren gefallen.

Chr. Ulrich, Eisenach

am 14. April i. Alter v. 29 Jahren

inf. Krankh. i. Laz. i. Westen gest.

Chre ihre... Andenken!

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter G. Kohnmann, Verantwortlicher Redakteur: Emil Dietmer, beide Berlin W. 67, Zimmerstraße, 24
Zust.: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Unter den Eichen, 8.